

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung- und
Nachstellen-Anzeigen bis
3 geteilte Roland-Zeile
50.-
Geschäftsangelegenheiten
nicht aufgenommen.

Verlag von H. Oetz.
Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover.
Redaktionschluss: Sonnabend mittig 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 2002.

Opfer der Arbeit im Jahre 1917.

Wieder ist das Heft 1 der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ erschienen mit seinen grausamen Erzählungen von Menschenjammer, Not und Leid. Die Nachweisungen der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1917 berichten leider über ein abermaliges Anwachsen der Zahl der Unfälle, der Getöteten und der Witwen und Waisen. Zum allgemeinen Völkermorden also auch noch erhöhte Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit. Das Reichsversicherungsamt hat versucht, die Gründe festzustellen für das fortwährende Ansteigen der Unfallzahlen während des Krieges. Als Hauptursachen wurden auf Grund einer Umfrage festgestellt:

1. die Beschäftigung vieler ungelerner, jugendlicher und weiblicher Arbeiter, die mit den Gefahren des Betriebes nicht vertraut sind;
2. Gleichgültigkeit solcher Arbeiter hinsichtlich der Unfallversicherung oder Unkenntnis der Unfallversicherungsbedingungen;
3. Mangel an unfalltechnisch geschultem Aufsichtspersonal und an Meistern sowie Vorarbeitern;
4. notdürftiges Errichten von im Frieden gebräuchlichen Maschinen für die Ergänzung von Kriegsmaterial;
5. Ueberstunden mit weitgehender Heranziehung der Arbeitskräfte;
6. Zunahme der Unfallgefährlichkeit durch die Eigenart der veränderten Betriebsweise;
7. Ueberfüllung der Werkstätten durch nachträglich aufgestellte Maschinen.

Mit andern Worten heißt das: Indirekt ist der Krieg schuld auch an den vermehrten Unfällen. Unter 1 und 5 ist zum Ausdruck gebracht, daß die Aufhebung verschiedener Arbeiterschutzvorschriften die Folgen hatte, die sie haben mußte.

Die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle ist gestiegen von 606 056 im Jahre 1916 auf 684 151 im Jahre 1917. Das sind 78 095 Unfälle mehr als im Vorjahr. Aber nicht nur die absoluten Zahlen haben eine Zunahme erfahren, sondern auch die Verhältniszahlen zu je 1000 Versicherten. Die folgende Tabelle zeigt die Verschiebung der wichtigsten Zahlen in den beiden letzten Berichtsjahren. Die Angaben erstrecken sich jedoch nur auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften.

	1916	1917
Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften	68	68
Zahl der versicherten Betriebe	769 690	750 786
Zahl der versicherten Personen	7 442 518	7 655 433
Zahl der Beschäftigten	6 702 518	6 974 421
Zahl der gemeldeten Unfälle	439 485	504 704
Zahl der gemeldeten Unfälle auf 1000 Bollarbeiter	65,57	72,37
Zahl der Getöteten	6 426	7 904
Zahl der dauernd völlig Erwerbsunfähigen	289	306
Zahl der dauernd teilweise Erwerbsunfähigen	18 304	20 636
Zahl der vorübergehend Erwerbsunfähigen	30 519	32 051
Zahl der Hinterbliebenen Getöteter	12 660	15 193
Entschädigte Unfälle	55 538	60 897
Entschädigte Unfälle insgesamt	500 492	419 274
Belegte Rentenempfänger insgesamt	417 490	507 229
Summe der gezahlten Entschädigungen für Verletzte und für Hinterbliebene		
überhaupt	126 762 357	130 882 850
pro Unfall u. Jahr	253,28	258,04
pro Unfall u. Tag	0,69	0,71
Summe der gezahlten Renten an		
überhaupt	82 842 597	84 478 355
pro Rentner u. Jahr	198,43	201,49
pro Rentner u. Tag	0,54	0,55
Jahresdurchschnittslohn pro Bollarbeiter	1 400,99	1 806,50
Zu (+) oder Abnahme (-) des Durchschnittslohnes gegen das Vorjahr	+ 140,84	+ 407,51
absolut		
in Prozent	+ 11,18	+ 29,09

Die Zahl der Betriebe ist zurückgegangen, während die Zahl der versicherten Personen und die der Bollarbeiter eine Zunahme erfahren hat. Das enorme Ansteigen der gemeldeten Unfälle sowohl absolut wie auch pro 1000 Bollarbeiter ist gerade zu erschreckend. Dasselbe gilt für die Zahl der Getöteten und deren Hinterbliebenen.

In der Summe der gezahlten Entschädigungen für Verletzte und Hinterbliebene sind auch die Ausgaben für Kur- und Pflegekosten, erhöhtes Krankengeld, Abfindungen und Sterbegeld enthalten.

Stark gestiegen ist der Jahresdurchschnittslohn eines Bollarbeiters; ob mit Nutzen, ist eine andre Frage. Jedenfalls hat sich die Lebenslage der Arbeiterschaft trotz der hohen Löhne nicht gehoben; im Gegenteil, die Verschlechterung hat eine fortwährende Steigerung erfahren in demselben Maße, wie die unproduktive Arbeit während des Krieges zunahm.

Unangenehm hoch ist für das Berichtsjahr 1917 wieder die Zunahme der Unfälle der erwachsenen und jugendlichen Arbeiterinnen. Während die Männer auf dem Schlachtfelde der imperialistischen Barbarei fielen, hat Moloch in der Heimat Frauen und Mädchen getötet und verkrüppelt. Von den Verletzten, die zum erstenmal Unfallrente erhielten, entfallen auf

	1916	1917	Zunahme in Proz.
männliche Erwachsene	45 717	47 531	3,97
männliche Jugendliche	5 930	9 217	55,43
weibliche Erwachsene	3 512	3 628	3,30
weibliche Jugendliche	379	521	37,47

Pfingstwort.

Daß du der Speise dich sorgst, wer darf die's verwehren?
Daß deine Hand nach den Schüssen des Lebens greift;
Daß du sie foderst, der Scholle brotgoldene Aehren,
Drinne die Kraft deinen wirkenden Fäusten reißt.

Wenn mit dem Saft die schwellenden Trauben sich füllen,
Wenn sich die Säure beschweren mit lodender Last,
Sollst du den Hunger verlangenden Leibes dir füllen,
Sei du der fruchtbaren Erde begehrender Gast.

Jeugt sie nicht Samen in sorgloser Verwundung?
Alles will, alles, zu freundiger Ernte gedeihn.
Was aus den Keimen sich ringt zu der letzten Vollendung,
Schaffende Menschheit, nimm es, denn alles ist dein.

Aber vergiß nicht, nach Sonne und Sternen zu fragen;
Deuge dein Haupt nicht gesättigt auf Schüssel und Tisch!
Dauend im Saft sollst du auch das werdende tragen;
Siehe: kein Wunder gebiert es aus Fleisch und Fisch.

Laß an der Wunde die müßigen Sinne erwärmen,
Daß dir's im Herzen mit strahlender Helle sich fällt,
Und erkenne: nur das, nur das sind die Armen,
Denen der Strom eines heiligen Wollens nicht quillt.

Samen der Seele, sie blühen in heit'rer Verwundung,
Was denn gewinnst du, entrinnst du der leidlichen Not,
Aber der Geist dein, er ringt nicht um Frucht und Vollendung?
Ißst und atmet, mein Bruder - und bist doch tot.

Euseb Prutz.

Das gleiche ungünstige Ergebnis ist festzustellen in einigen Industriezweigen, die als Agitationsgebiet für unsern Verband in Betracht kommen. Die folgende Tabelle gibt eine Zusammenfassung über die Zahl der Bollarbeiter, der gemeldeten und der entschädigten Unfälle im Vergleich mit dem vorhergehenden Berichtsjahr.

Berufsgenossenschaft	Bollarbeiter		Gemeldete Unfälle		Entschädigte Unfälle	
	1916	1917	1916	1917	1916	1917
Ziegelei-der chem. Industrie	53 204	58 183	2 583	2 688	546	510
Papiermacher-Industrie	256 420	293 194	14 908	21 726	2059	2316
Zucker-Industrie	73 179	67 350	4 417	4 468	787	799
der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie	41 974	40 677	1 521	1 505	328	277
	469 813	502 393	25 021	31 972	4129	4283

In den drei zuletzt genannten Berufszweigen ist ein Rückgang der Zahl der Bollarbeiter zu verzeichnen. Dagegen weisen nur die beiden letzten eine unbedeutende Verminderung der gemeldeten Unfälle auf, jedoch auch nur scheinbar. Absolut ist die Zahl der Unfälle allerdings geringer geworden, eine natürliche Folge der niedrigen Bollarbeiterzahl. Aus der nächsten Tabelle ergibt sich aber, daß die Zahl der gemeldeten Unfälle pro 1000 Bollarbeiter in vier Berufsgruppen größer geworden ist. Wir lassen die entsprechenden Verhältniszahlen der letzten fünf Jahre hier folgen. Danach entfielen gemeldete Unfälle auf 1000 Bollarbeiter:

Berufsgenossenschaft	1913	1914	1915	1916	1917
Ziegelei-der chem. Industrie	37,51	42,54	47,24	48,55	46,20
Papiermacher-Industrie	55,25	53,98	56,46	58,14	74,10
Zucker-Industrie	55,87	55,86	59,59	60,86	66,34
der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie	42,78	44,93	41,70	35,35	36,87
	35,16	35,14	37,03	36,24	37,00
	47,83	48,97	52,16	53,26	63,64

Am auffallendsten ist die Zunahme in der chemischen Industrie; sie ist veranlaßt durch die Explosionen in der Pulverindustrie, die in der Regel zu gleicher Zeit eine größere Zahl von Opfern forderten. In der Ziegeleiindustrie ist gegen das Vorjahr allerdings eine Abnahme der Verhältniszahl zu verzeichnen; aber im Vergleich zu den Jahren 1913 und 1914 ist sie noch ungemein hoch. Gegenüber diesem Abstand fällt der letztjährige kleine Rückgang kaum ins Gewicht. Der Reichsdurchschnitt aller 68 Berufsgruppen ist 72,37; von den hier angeführten Industriezweigen überragt ihn die chemische Industrie.

Aus der folgenden Tabelle ersehen wir die Zahl der entschädigten Unfälle für Erwachsene und Jugendliche getrennt, desgleichen für männliche und weibliche Verletzte:

Berufsgenossenschaft	Von den entschädigten Unfällen entfallen auf							
	Erwachsene				Jugendliche unter 16 Jahren			
	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche
	1916	1917	1916	1917	1916	1917	1916	1917
Ziegelei-der chem. Industrie	440	383	65	70	38	42	3	10
Papiermacher-Industrie	1598	1687	339	544	87	52	35	33
Zucker-Industrie	607	596	116	142	53	52	11	9
der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie	352	314	38	47	14	19	5	1
	258	221	55	47	10	9	5	—
	3255	3306	613	850	203	174	59	53

In allen fünf Berufsgruppen zusammen ist die Zahl der entschädigungsberechtigten erwachsenen Frauen von 613 auf 850 gestiegen, d. h. die schweren Verletzungen von Arbeiterinnen haben eine Zunahme um 38,52 Prozent erfahren. Besonders stark tritt auch das Anwachsen der erwachsenen weiblichen Unfallverletzten in der chemischen Industrie in Erscheinung. Hier ist eine Vermehrung um 60,47 Prozent zu verzeichnen, vermutlich auch infolge der zahlreich beschäftigten Frauen in der Pulverindustrie. Jedenfalls stellen die Arbeiterinnen in diesem Industriezweig den größten Prozentsatz der Getöteten. Leider geben die amtlichen Nachrichten hierüber keine Auskunft, wie überhaupt diese Statistik in ganz wesentlichen Punkten fehlt. So fehlen detaillierte Angaben, getrennt nach Geschlecht und Alter, durchgängig, mit Ausnahme bei den entschädigten Unfällen. Eine diesbezügliche Vervollständigung wäre sehr erwünscht und dem Arbeiterschutz dienlich.

Die nächste Tabelle zeigt die Zahl der Getöteten und der Erwerbsbeschränkten in den letzten drei Jahren.

Berufsgenossenschaft	Tot			Erwerbsunfähig					
				dauernd	vorübergehend				
	1915	1916	1917	1915	1916	1917			
Ziegelei-der chem. Industrie	79	53	73	66	82	66	471	411	372
Papiermacher-Industrie	301	389	558	380	414	902	861	1256	856
Zucker-Industrie	79	92	83	266	302	342	300	298	374
der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie	65	58	51	306	253	268	62	100	62
	25	30	28	116	128	104	168	163	145
	643	620	792	1134	1186	1682	1862	2221	1509

Noch für 1914 wiesen die fünf Berufsgruppen zusammen 407 Tote aus. Demgegenüber bedeutet die Zahl für 1917 fast eine Zunahme von 100 Prozent. Für die chemische Industrie allein ist das Verhältnis noch viel schlimmer. Die Zahl der Getöteten hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt und liegt seit 1914 von 170 auf 558 oder um 228,24 Prozent. Im Zusammenhang damit steht auch die hohe Zahl der dauernd Erwerbsunfähigen, während die Zahl der vorübergehend Erwerbsunfähigen bedeutend zurückgegangen ist. Auch hier sei wieder daran erinnert, daß die Pulverindustrie das Zahlenverhältnis bestimmend beeinflusst. Diese Erscheinung wird auch im Bericht für 1918 noch vorherrschen.

Eine weitere Tabelle veranschaulicht die Zahl der Rentenempfänger und die Höhe der Renten in den beiden letzten Berichtsjahren.

Berufsgenossenschaft	Zahl der Rentenempfänger		Gezahlte Renten in Mark		Durchschnittsbetrag einer Rente pro Tag	
			1916	1917	1916	1917
	1916	1917	1916	1917	1916	1917
Ziegelei-der chem. Industrie	8 015	7 613	1 441 495	1 382 181	49	50
Papiermacher-Industrie	11 100	10 988	2 351 319	2 490 453	58	62
Zucker-Industrie	6 231	6 397	1 029 094	1 071 487	45	46
der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie	3 876	3 786	640 019	639 324	45	46
	2 511	2 455	439 205	432 348	43	43
	31 733	31 239	5 881 132	6 016 238	51	52

Die scharfe Nachprüfung der kleinen Renten hat auch im letzten Jahre ihre Wirkung nicht verfehlt. Ist doch seit Jahren ein fortwährendes Sinken der Renten zu konstatieren. Darin spiegelt sich zum Teil der fortgesetzte aufreibende Kampf der Rentenempfänger mit den Berufsgruppen und deren Vertrauensärzten wider. Die Befreiung der kleinen Renten und die Erhöhung der Löhne, die als Grundlage für die Rentenfestsetzung in Betracht kommen, erklären die bei einigen Berufsgruppen eingetretene unbedeutende Erhöhung der Rentenhöhe, die aber viel zu niedrig sind. Eine gründliche Vervollständigung des Rentenfestsetzungssystems ist dringend notwendig geworden. Desgleichen ist es höchste Zeit, das Vertrauensärztzensystem zu befeitigen. Die besagten letzten Ärzte müssen unabhängig vom Gewerkschaftsvorstand wirken können. Diese Forderungen sind alt, und es wird Zeit, daß sie erfüllt werden.

Zum Schluß geben wir eine Darstellung der Jahresdurchschnittslohne der Bollarbeiter in den letzten fünf Jahren. Auf einen Bollarbeiter werden 300 Arbeitstagen genehmigt. Die Zahl der Bollarbeiter wird nämlich ermittelt, indem man die von der Berufsgenossenschaft in ihrem Versicherungsbereich ermittelten Arbeitstagen durch 300 dividiert. Der so ermittelte Satz ist also immer dann höher als der tatsächliche, wenn der Arbeiter weniger als 300 Tage im Jahr gearbeitet hat. Das ist zum Beispiel der Fall in der Zuckerindustrie und in den Ziegeleien.

Berufsgenossenschaft	Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters				
	1913	1914	1915	1916	1917
Biegelei- der chem. Industrie	1118,69	1129,97	1167,49	1269,03	1558,30
Papiermacher- Zucker- der Mollerei- Brennerei- und Stärke-Industrie	1012,85	1011,23	1008,18	1112,84	1387,47
	1088,16	1080,78	1136,69	1190,48	1406,51
	1011,67	1006,19	1053,49	1150,60	1268,46

Eine Steigerung der Durchschnittslöhne ist in allen Industriezweigen eingetreten und mußte eintreten. Absolut betrachtet ist sie am höchsten in der chemischen Industrie, die übrigens in hervorragender Weise als Nahrungindustrie tätig war. Auffallend niedrig ist die Erhöhung des Durchschnittslohnes in der Mollerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie, aber auch in der Papierindustrie, trotzdem gerade die letztere mit Aufträgen überhäuft war und gut rentierte. Es lag demnach lediglich an der Arbeiterschaft, daß die Löhne auf einem sehr niedrigen Stande blieben.

Der Einfluß der Sozialisierung auf den Aufstieg geistiger Kräfte.

Wie sich unser wirtschaftlicher Erfolg in Zukunft gestalten wird, hängt hauptsächlich davon ab, ob wir es verstehen, die geistigen Triebkräfte der Wirtschaft richtig zur Geltung zu bringen, alle Kräfte im Wirtschaftsleben mit den richtigen Menschen zu besetzen, denn in bezug auf geistige Fähigkeiten sind die Menschen untereinander ebensowenig gleich beschaffen wie in bezug auf ihr Aussehen, ihren Körper. Fertigkeiten können zwar innerhalb gewisser Grenzen durch Übung erlangt werden; höhere Fähigkeiten dagegen sind von der durch Vererbung erworbenen Gehirnorganisation abhängig, namentlich Talent und Genie beruhen stets hierauf. Die angeborene Fähigkeit steht der erworbenen Übungsfähigkeit als scharf gesondeter Faktor in den psychischen Vorgängen gegenüber. Vor allem ist es durchaus nicht gleichgültig, ob in leitenden Stellungen tüchtige Menschen sind, die sie voll und ganz auszufüllen vermögen, oder mittelmäßig Befähigte, wenn nicht gar Unfähige. In einer Gemeinschaft, innerhalb welcher Vorrechte der Geburt oder des Besitzes bestehen, wird das letztere viel häufiger vorkommen als dort, wo dies nicht der Fall ist. Die Vorrechte geben ihren Inhabern Anspruch auf Vorzugsstellungen, während die davon ausgeschlossenen Kreise in der Regel mit minderen Stellungen fürchten müssen, ganz ohne Rücksicht darauf, ob Fähigkeiten in ihnen stecken oder nicht. Dadurch bleibt viel Befähigung ungenutzt. In Ausnahmefällen gelingt es wohl einzelnen Angehörigen der von den Vorrechten ausgeschlossenen Volksschichten, sich geltend zu machen und zu Ansehen und Wohlstand zu gelangen. So war Kant der Sohn eines Sattlers, Gauß, der berühmte Mathematiker, war der Sohn eines Tagelöhners, Abbe, der wissenschaftliche Schöpfer der optischen Werkstätte zu Jena, der Sohn eines Fabrikarbeiters. Die Reihe solcher Beispiele könnte noch vermehrt werden, doch handelt es sich dabei um Ausnahmefälle. Weitens in den meisten Fällen wird bei Kindern armer Eltern die in ihnen schlummernde Befähigung gar nicht erkannt, da jeglicher äußere Anreiz unterbleibt, der sie zum Vorschein bringen könnte. Ihr Leben ist ganz von Entbehrungen und Widerwärtigkeiten ausgefüllt. Doch selbst wo ein Talent sich offenbart, kann es meist nicht zur Geltung gebracht werden, weil den Eltern die Mittel fehlen, um die vorhandenen Anlagen auszubilden zu können; höhere Schulung allein genügt nicht, um mit dem Nachwuchs aus bevorrechteten Schichten in erfolgreichen Wettbewerben treten zu können, denn das Befähigen vieler Lebenswege ist von dem Besitze materieller Mittel abhängig. Es trifft in der Regel nicht zu, wie Balth. Klein meint,*) daß Entbehrungen und Widerwärtigkeiten nur die Kraft derer stärken, die betruhen sind, sich von unten nach oben durchzukämpfen. Die meisten erliegen vielmehr diesen Einflüssen.

Das sind Tatsachen, die zumgunsten der Gemeinschaft auszuwählen. Viel besser wäre es für die Volksgemeinschaft, wenn jedes Talent genutzt werden könnte und wenn nicht unbegabte Menschen die Plätze einnehmen würden, die andern zugehörten, wenn es keine Vorrechte gäbe. Verschließen wir uns noch länger dieser Einsicht, so wird es zum Schaden der Volksgemeinschaft sein.

Zum Teil hat sich denn auch schon die Einsicht durchgerungen, daß es erforderlich ist, zumindestens die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die dem Beginn des Aufstieges aus den unbemitteltesten Volksschichten entgegenstehen, und daß besonders die Schulorganisation so gestaltet werden soll, daß sie die Selbsthilfe nicht erschwert, sondern erleichtert.

Nun soll es zur „Sozialisierung“ gewisser Wirtschaftszweige kommen, und es taucht die Frage auf, ob diese für die fortschreitende Auslese der geistigen Kräfte günstig oder ungünstig sein wird. Nicht selten hört man unter Berufung auf Darwin, daß die Sozialisierung der Volksschichten zuwiderlaufe, weil durch die Beseitigung des Wettbewerbes der Kampf ums Dasein aufhöre, der zur Auslese der Bestangepaßten erforderlich sei.**) Das war aber Darwins Ansicht nicht. Dieser fand vielmehr, daß der Kampf um die Existenzmittel weitaus erfolgreich durch Zusammenwirken erfolgt und daß dieser Erfolg hauptsächlich zu der Entwicklung der geistigen Kräfte führt, die der Art die besten Bedingungen des Überlebens sichern. Er behauptet, daß die Geisteskräfte in solchen Fällen weder die körperlich Stärksten noch die Äußersten seien, sondern solche, die gelernt haben, sich so zu verbinden, daß sie sich, als fast ein Ganzes, gegenseitig unterstützen, um des Wohles der Gemeinschaft willen. „Die Gemeinschaft“, schrieb er, „die die größte Zahl ansehnlicher Individuen zusammenfaßt, ist diejenige, die die besten Lebensbedingungen beschaffen, die Auslese der Tüchtigen bewirken, nicht aber in Gemeinschaften mit jahrelangem Leben während der wirtschaflichen Sozialisierung fast aller Bedingungen der Selbstschaffung und Fortpflanzung. Wo er angebracht hat oder auch eingeschränkt ist, kann nur zweifelhafte Zusammen-

wirken der Gemeinschaft förderlich sein; die Sozialisierung ist also keineswegs naturwidrig.

Die Sozialisierung wird unter anderem betreiben, daß der Bereich eingeeignet wird, innerhalb dessen Vorrechte der Geburt oder des Besitzes wirksam sind, denn in den sozialisierten Zweigen der Wirtschaft dürfen Stand und Besitz für die Befähigung der Stellen nicht mehr maßgebend sein, sondern lediglich persönliche Eignung kann den Ausschlag geben. Wird von dem Grunde abgegangen, so bleiben noch wie vor wirkliche Fähigkeiten ungenutzt. Das könnte dann zutreffen, wenn eine mehr oder minder in sich abgeschlossene Klasse von Bürokraten die Herrschaft über diese Wirtschaftszweige gewinnt, oder wenn infolge eines Parteiabsolutismus persönliche Beziehungen zu den Parteiführern für die Stellenbesetzung in den öffentlichen Betrieben maßgebend werden. Das Aufkommen einer beherrschenden Bürokratie wird um so mehr begünstigt, je mehr zentralisiert die Wirtschaft ist und je weniger Selbstbestimmungsrecht den Betrieben gelassen wird.

Die Auslese geistiger Kräfte könnte durch die Sozialisierung ferner in der Art gefördert werden, daß von den Wirtschaftserträgen ein erheblicher Teil dazu verwendet wird, um den Kindern unbemittelter Volksschichten größere Möglichkeit zum Bildungserwerb und sozialen Aufstieg zu gewähren, denn der Bildungserwerb ist den Kindern aus mittellosen Kreisen erst dann gewährleistet, wenn die Eltern nicht durch wirtschaftliche Not gezwungen sind, ihre Kinder, ohne Bedacht auf deren gute oder schlechte Veranlagung, so bald es nur sein kann, zur Lohnarbeit, zum Gelderwerb, anzuhalten. Mindestens die Eltern hochbefähigter Schüler sollten Anspruch auf bestimmte Zahlungen haben, wenn ihre eigenen Mittel die Weiterbildung des Schülers nicht gestatten.

Deffentliche Mittel wären überdies für besondere Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik bereitzustellen, um allgemein zur Entfaltung der im Volk vorhandenen geistigen Kräfte anzuspornen. Denn um Leistungen hervorzubringen, bedarf es stets eines Anreizes. Innerhalb der öffentlichen Betriebe wäre darauf Gewicht zu legen, daß der Arbeiter oder Angestellte mit überdurchschnittlicher Befähigung in bezug auf Entschädigung nicht ebenso gestellt ist wie der mittelmäßig oder unterdurchschnittlich Befähigte, da das Bewußtsein, der Aufwand all seines Könnens sei nutzlos, ihn davon abhält, zu leisten, was er kann. Die Gleichstellung aller, die jeglichen persönlichen Ansporn nehmen würde, wäre gänzlich verfehlt, sie würde nicht aufsteigen, sondern Niedergang zur Folge haben. Differenzierung der Entschädigung für gute und schlechte Leistung hat nichts mit Bevorzugung zu tun. Nur müßte dafür gesorgt sein, daß wirklich die Leistungsfähigkeit den Ausschlag gibt und nicht Unterwürfigkeit oder Schmeichelei gegenüber Vorgesetzten, noch persönliche oder familiäre Beziehungen.

Friedensbedingungen und Gewerkschaften.

Seit Monaten, seit wir unsern siegenden Feinden den bedingungslosen Waffenstillstand angeboten und uns selbst wehrlos gemacht hatten, brüteten die Sieger über den Bedingungen, unter denen sie uns den Frieden gewähren wollten. Das deutsche Volk rechnete auf die Durchführung der 14 Wilsonschen Punkte und hoffte auf einen allerdings harten, aber gerechten Frieden. Wir wiegten uns in den Wahn ein, daß unsere Feinde ein Einsehen haben und uns nicht für die Sünden der früheren Machthaber büßen lassen würden; wir glaubten an ihr Gerechtigkeitsgefühl, an ihre Menschlichkeit und an ihren Willen, einen dauernden Verständigungsfrieden herbeizuführen. Wir waren selbstverständlich bereit, alles das wieder gutzumachen, was durch unser Verschulden vernichtet worden ist, aber wir waren der Ueberzeugung, daß wir mit einem blauen Auge aus der ganzen Geschichte herauskommen würden. So lebten wir denn in den Tag hinein, setzten unsre inneren Zwistigkeiten und unsre schauerhafte Selbstzerfleischung fort und machten uns wenig Sorgen um die Zukunft Deutschlands. Bis wir nun durch die Veröffentlichung der Friedensbedingungen unsonst aus unsern Träumen erweckt worden sind. Im ersten Augenblick war das deutsche Volk sprachlos, wie mit einem Knüttel vor den Kopf geschlagen, erst allmählich hat es die Sprache wieder gefunden. Und nun ist die Empörung an allen Orten aufgeflammt und eine Protestversammlung jagt die andre.

Den wesentlichen Inhalt der Friedensbedingungen kennt heute in Deutschland jedermann, wir haben nicht nötig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Wenn sie unterschrieben werden, bedeuten sie für uns eine wirtschaftliche Knebelung und Erdrosselung schlimmster Art, wenn sie nicht unterschrieben werden, werden die Feinde mit neuen Schikanen und Drangsalierungen einsehen. Wir sind ihnen nämlich auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und sie können mit uns machen was sie wollen. So geht denn unser Land und unser Volk einer traurigen, verzweifelten Zukunft entgegen, und die Folgen des Friedensschlusses lassen sich heute noch gar nicht absehen. Vor allen Dingen werden sich unsre wirtschaftlichen Verhältnisse noch mehr als bisher verschlechtern, was auch eine Verschlechterung unsrer gesundheitlichen, geistigen und kulturellen Lebensbedingungen nach sich ziehen wird. Nur mit schwerem Herzen und mit langer Sorge können wir den kommenden Dingen entgegenblicken. Das einzige, was uns retten könnte, ist die Zusammenfassung all unsrer Kräfte zu gemeinsamer tapferer Arbeit am Wiederaufbau des schwer daniederliegenden Wirtschaftslebens. Ob unser deutsches Volk in seiner überwindenden Mehrheit hierzu den Willen aufbringen wird, läßt sich heute noch nicht sagen, erst die nächste Zukunft wird dies lehren. Von dieser Entscheidung wird es abhängen, ob Deutschland sich wieder aus seiner Ohnmacht und Erniedrigung erheben wird oder ob es getrieben wird aus der Reihe der Großstaaten und Kulturvölker.

Wie sich das Schicksal Deutschlands aber auch gestalten mag, unter allen Umständen besteht die Befürchtung, daß gerade die deutsche Arbeiterklasse der leidende Teil sein wird, der die Bege bezahlen muß. Es droht die große Gefahr, daß das Kapital, trotz Revolution und Sozialismus, auch noch fernhin imstande sein wird, wenn auch verfleierter und in anderer Form als früher, die Arbeitermassen in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu erhalten und sie zu selbständigen, ausbeutenden Jochen auszunutzen. Hierüber

darf man sich nicht täuschen. Wenn auch der gute Wille vorhanden ist, auf dem Wege der Sozialisierung unsres Wirtschaftslebens das Joch des Kapitalismus zu brechen, so vermag sich doch ein Sachkenner von all diesen geplanten Maßnahmen für die nächsten Jahre noch wenig Vorteil zu versprechen. Die kapitalistischen Widerstände sind eben noch zu groß, die geistige und sittliche Kräfte des Proletariats läßt sich noch sehr viel zu wünschen übrig, als daß durchschlagender Erfolg zu verzeichnen sein könnten. Man leistet den Arbeitermassen einen schlechten Dienst, wenn man ihnen Kräfte und Fähigkeiten andichtet, die sie nicht besitzen, und wenn man ihnen Erfolge vorgaukelt, die unter dem Sturm der rauhen Wirklichkeit wie schillernde Seifenblasen zerplatzen. Viel nützlicher ist es, wenn man sie auf die wirkliche Sachlage hinweist. Das soll keine Entmutigung und Verzichtsleistung bedeuten, sondern vielmehr soll es ein Ansporn sein zu neuer Anspannung und Kräfteentfaltung. Bislang stehen wir noch immer vor dem Berge, aber wir müssen darüber hinwegkommen, es mag biegen oder brechen.

Hier fällt den Gewerkschaften eine unheimlich wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe zu, nämlich die Interessensvertretung der werktätigen, nutzbringenden Arbeit gegenüber dem selbstfüchtigen, erwerbssüchtigen Kapitalismus. Was die Gewerkschaften von jeher getan, was sie stets als ihre heiligste Pflicht erkannt haben, die wirtschaftliche Lage der Angehörigen eines Berufs nach Möglichkeit zu verbessern und die Arbeiter und deren Familien gegen Not und Verelendung zu schützen, das müssen sie auch heute unter den viel schwierigeren Verhältnissen wieder durchsetzen. Die Arbeiter- und Betriebsräte können wohl in den einzelnen Betrieben Gutes schaffen, die Lage des ganzen Gewerbes zu heben, ist und bleibt die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Diese Wahrheit wird uns schon durch die Entwicklung der nächsten Wochen eindringlich zu Gemüte geführt werden, es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutsche Arbeiterchaft sie nicht erkennen und Girngespinnsten nachlaufen würde. Dieser Fehler würde sich zweifellos schwer rächen.

Gewählte Delegierte zum 10. Gewerkschaftskongreß.

1. Wahlkreis. Otto Contenius, Hannover.
2. Wahlkreis. Rudolf Sachs, Braunschweig.
3. Wahlkreis. Heinrich Krull, Bielefeld.
4. Wahlkreis. Gustav Faust, Magdeburg.
5. Wahlkreis. Gustav Laute, Stappfurt.
6. Wahlkreis. Karl Spedard, Bernburg.
7. Wahlkreis. Wilhelm Haase, Dessau.
8. Wahlkreis. Otto Mittel, Halle.
9. Wahlkreis. Frau Ludwig-Riebe, Berlin.
10. Wahlkreis. Emil Bennewitz, Berlin.
11. Wahlkreis. Johann Kersten, Cottbus.
12. Wahlkreis. Willnow, Stettin.
13. Wahlkreis. Wilhelm Koblitz, Straßburg.
14. Wahlkreis. Richard Parsch, Köslin.
15. Wahlkreis. Max Boltermann, Danzig.
16. Wahlkreis. Emil Grohmann, Breslau.
17. Wahlkreis. Paul Art, Götting.
18. Wahlkreis. Robert Exner, Girschberg.
19. Wahlkreis. Otto Grafe, Dresden.
20. Wahlkreis. Johannes Schönherr, Chemnitz.
21. Wahlkreis. Otto Bach, Pl. Grund.
22. Wahlkreis. August Blank, Meissen.
23. Wahlkreis. Johann Wöniß, Würzen.
24. Wahlkreis. Max Koff, Marckranstädt.
25. Wahlkreis. Carl Köppler, Altenburg.
26. Wahlkreis. Paul Schneider, Erfurt.
27. Wahlkreis. Richard Rath, Merseburg.
28. Wahlkreis. Michael Bildner, Nürnberg.
29. Wahlkreis. Konrad Walz, Ansbach.
30. Wahlkreis. Joseph Lang, München.
31. Wahlkreis. Johann Schollerer, Regensburg.
32. Wahlkreis. Fr. Voepel, Heilbronn.
33. Wahlkreis. Leonhard Börner, Stuttgart.
34. Wahlkreis. Hed, Manheim.
35. Wahlkreis. Franz Schreiber, Ludwigshafen.
36. Wahlkreis. Friedrich Stahl, Darmstadt.
37. Wahlkreis. Heinrich Schmidt, Frankfurt a. M.
38. Wahlkreis. Andreas Simon, Kassel.
39. Wahlkreis. Paul Hertwig, Köln.
40. Wahlkreis. Hermann Wirth, Bonn.
41. Wahlkreis. Paul Wahler, Düsseldorf.
42. Wahlkreis. M. Hegemann, M. Behrens, Hamburg.
43. Wahlkreis. Otto Adler, Harburg.
44. Wahlkreis. Diez, Flensburg.
45. Wahlkreis. Max Köhler, Neumünster.
46. Wahlkreis. Wilhelm Kländer, Iphoe.
47. Wahlkreis. Hermann Buchholz, Geseftacht.
48. Wahlkreis. Otto Danzig, Oldenburg.

Das Wahlergebnis vom 4. und 21. Wahlkreis wird in der nächsten Nummer des „Proletariats“ veröffentlicht. Der Vorstand.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Geschäftsergebnisse in der Gummi-Industrie.

Die Fabrik für Gummilösung, A.-G., vormals Otto Kuth, Offenbach a. M., schließt 1917/18 mit einem Verlust von 5164 M. ab. Auch im Vorjahr war ein Minus von 38966 M. zu verzeichnen. Die Unterbilanz erhöht sich auf 96962 M., bei einem Aktienkapital von 500000 M. — Die Mitteldeutsche Gummimwarenfabrik Louis Peter, A.-G. in Frankfurt a. M., verzeichnet für das Geschäftsjahr 1917/18 einen Ueberschuß von 1142017 M. (i. B. 1100780 M.) und setzte die Dividende auf 14 Prozent fest. Die Direktion schilderte die Lage und die künftigen Aussichten in sehr düsteren Farben. Zur Zeit sei die Gesellschaft wegen Kohlenmangels nicht in der Lage, ihre Produktionsmöglichkeiten auszunutzen. Die Vorräte an synthetischem Gummi entsprächen ungefähr den vorliegenden Aufträgen, die die Gesellschaft noch auf einige Monate befähigen würden. Den erheblich höheren Umlauf stelle eine Erhöhung der Preise für Fertigerzeugnisse noch nicht gegenüber. — Die Aktiengesellschaft Kehler u. Co., München, weist nach Abzug der Entschädigungen für Vorkauf und Aufsichtsrat (die Höhe ist nicht angegeben) und der sonstigen Abschreibungen einen Reingewinn von 788625 M. auf, wovon 4 Prozent Vordividende und 21 Prozent weitere Dividende, insgesamt also 25 Prozent zur Verteilung kommen. Der Gesamtbetrag an Dividende beläuft sich auf 515000 M. — Die Hannoverische Aktien-Gummimwarenfabrik Hannover-Linden berichtet über einen Reingewinn von 1956106 M. Es werden 25 Prozent Dividende und 5 Prozent Bonus, also zu demselben 30 Prozent Dividende, ausgeschüttet. Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder eine Kammer von 59514 M. Die Steuern für die Aufsichtsratsbezüge sollen laut Beschluß der Generalversammlung von der Gesellschaft getragen werden. Die Ausschüßen wurden als unklar

*) Die Veranschaulichung unsres Bildungswesens. Jena 1917, S. 1.
**) Vgl. Schäffner, Vererbung und Kastei, 2. Aufl., Jena, 1918.
***) „Wissenschaft des Menschen“, Berlin, 2. Ausgabe, Seite 163.

bezeichnet. Gummi, Regenerate und Gewebe seien nur noch ganz be-
deutend im Werte, und es komme darauf an, wie die Regierung hierüber
verfahre. Die für die Fabrikation verfügbaren Mengen an Rohstoffen
seien noch zu gering, um die Arbeiter, deren Zahl sich durch die aus dem
selben Zurückgehenden wesentlich erhöht hat, ausreichend zu versorgen.
Die Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-
Witten erzielten im Geschäftsjahr 1917/18 einen Reingewinn von
2 257 832 M. Zur Verteilung kommt eine Dividende von 20 Prozent
und eine Ertragsdividende von 15 Prozent, zusammen also 35 Prozent.
Die Ertragsdividende wird dem Vortrag aus dem Jahre 1916/17 ent-
nommen. Demnach schrieb die Verwaltung in ihrem Geschäftsbericht,
daß durch den erhöhten Vortrag ein Ausgleichs fonds für weniger günstige
Jahre geschaffen oder für an die Gesellschaft herantretende außergewöhnliche
Leistungen verwendet werden könne. In diesem Jahre dagegen
heißt es im Bericht, daß die Verwaltung es nicht im Interesse der
aktionären liegend erachtet habe, einen so hohen Gewinnüberschlag lange-
zeit hinaus weiterzuführen, sie habe deshalb vorgezogen, auf
Wachstümlichkeit aufzugeben und den Gewinn einer Ertragsdividende
von 900 000 M. zu verbuchen und 900 000 M. als 10prozentige Ertrags-
dividende an die Aktionäre auszuschütten. Die Firma Ullrich
und Gummiwerke Alfred Calmon, K. G. in Hamburg,
konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Vorzugsaktien in Höhe von
2 Millionen wertlos rufen. Es verbleibt dann noch ein Reingewinn
von 991 936 M., aus dem 12 Prozent Dividende und 8 Pro-
zent Sonderdividende, zusammen also 20 Prozent, zur Verteilung ge-
langten. Die Hannoverischen Gummiwerke Gezeilow,
K. G. in Hannover, weisen für 1918 einen Reingewinn von
1 110 394 M. auf. Zur Verteilung kommen 23 Prozent Dividende.
Das Aktienkapital wird um 300 000 M. erhöht. Die Fabrikation ver-
ließ im Geschäftsjahr ungeändert. Als jedoch Ende November infolge des
Kanadadammbruchs bei Minden die Kohlen ausblieben, mußte das Werk
im Dezember zeitweilig stillgelegt werden. Die Leipziger
Gummiwarenfabrik, K. G., vorm. Jul. Watz, Seine
u. K., verteilt nach Abschreibungen, Abzug der Verluste sowie nach
Verrechnung eines Kursverlustes auf Aktien aus einem Reingewinn
von 1 049 919 M. 5 Prozent Dividende. Die Gummiwaren-
fabrik von G. Müller, K. G., konnte infolge andauernder Kohlen-
stoffnot ihren Fabrikbetrieb während des ganzen Jahres nur zum Teil
ausnutzen. Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist indes günstig ge-
blieben. Aus einem Reingewinn von 91 193 M. werden 7 1/2 Prozent
Dividende verteilt. In der Generalversammlung führte die Direktion
aus, die Lage der Gummi-Industrie sei äußerst düster. In den be-
stehenden Gebieten lägen ungeheure Mengen von Gummiwaren aus den
feindlichen Ländern, die im gegebenen Augenblick den deutschen Markt
überfluteten. Im Jahresbericht der Vereinigten
Hansfisch- und Gummiwarenfabriken zu Göttingen,
K. G., für 1918 wird mitgeteilt, daß für die stillgelegten Gummiwaren-
fabriken der Gesellschaft in Arnstadt und Magdeburg eine nutzbringende
Verwendung nicht erzielt werden konnte. Die Stilllegung sei jetzt wieder
aufgehoben worden; es könne daher der Betrieb in Magdeburg, wenn
es die Kohlen- und Rohstoffverhältnisse zulassen, in Kürze wieder er-
öffnet werden. Nach Abschreibungen auf Anlagen und auf Aktien
werden aus 970 892 M. Ueberschuß 11 Prozent (14 Prozent) Dividende
verteilt und 685 000 M. der Kriegskrüdenlage angeführt. Die Ver-
einigten Berlin-Brandenburger Gummiwaren-
fabriken in Gelnhausen, Dresden und Cottbus waren
fast beschäftigt; sie konnten einen größeren Teil von Aufträgen des
stillgelegten Lichterfeldes Betriebes mit zur Ausführung bringen, wodurch
gegenüber dem letzten Jahr ein beträchtlicher Mehrumsatz erzielt wurde.
Nach Abschreibungen von 180 418 M. werden aus einem Ueberschuß
von 839 413 M. 15 Prozent Dividende verteilt. Die Con-
tinental Caoutchouc und Gutta-Percha-Com-
pagnie Hannover verteilt nach Abschreibung von 1 200 000 M.
aus einem Ueberschuß von 6 800 000 M. eine Dividende von 30 Prozent.
Die Gesellschaft hat in Berlin, Hamburg, Bremen, Magdeburg, Mannheim
und Nürnberg Geschäftshäuser erworben. Der Geschäftsbetrieb hebt
sich, daß zwar die Rohgummipreise und Preise für synthetischen
Kautschuk im Inlande naturgemäß hoch geblieben seien, auf dem Roh-
gummimarkt aber die Preise gefallen wären. Produktion und
Konsum waren hoch. Die Verwaltung nimmt an, daß dem Weltmarkt
die Mittelmächte als genehme Käufer erscheinen werden, sobald die Aus-
fuhr aus den feindlichen Ländern gestattet sein wird.

Ein Stickstoffsyndikat

ist nunmehr gegründet worden, nachdem durch längere Verhandlungen
die Vorarbeiten erledigt worden sind. Das Syndikat wird den gemein-
samen Verkauf der Erzeugnisse in die Hand nehmen. Angehört sind
die drei großen Erzeugergruppen von künstlichem Stickstoff: die Badische
Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen mit ihren beiden Werken in
Oppau und Merseburg, die Deutsche Ammonial-Verkaufsvereinigung in
Worms mit den Oberhessischen Stickstoff- und Chemischen Fabriken
(Akt.-Ges.) und der Birkhäuserischen Vereinigung der Gaswerke, die Kali-
stickstoffindustrie, vertreten durch die Bayerischen Stickstoffwerke.
Der Einfluß des Reiches ist durch die Zusammenlegung des Verwaltungsrats
und der Geschäftsführung gesichert. Die Geschäftsführung des Syndikats
besteht aus Herrn Dr. Bräuner als Vertreter des Reichsstaats, Herrn
Dr. Hueb als Vertreter der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Herrn
Direktor Sohn von der Deutschen Ammonial-Verkaufsvereinigung als
Vertreter der Kolereien, Herrn Professor Dr. Caro als Vertreter des
Kalistickstoffs. Unter Führung des Reichsstaatsministeriums soll
auch in enger Zusammenarbeit mit der verbrauchenden Landwirtschaft,
dem Handel und den Düngerefabriken der Stickstoff auf möglichst
billigen Wege verteilt und in einem solchen Ausmaß in den heimischen
Ackerboden gebracht werden, daß dadurch die so dringend notwendige
Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion herbeigeführt wird.

Keramische Industrie

Carit-Vertrag.

Zwischen dem Arbeitgeber-Verband der Nordbayerischen Zement-
waren- und Kunststeinindustrie und dem Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands, Bezirk Nordbayern, wird folgender Tarifvertrag ab-
geschlossen:

Arbeitszeit.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt für die Dauer dieses Ab-
kommens 48 Stunden. Beginn und Ende derselben wird zwischen der
Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß (Betriebsrat) festgesetzt.

Lohn.

Arbeitsarbeit ist, wo sie noch besteht, abzuschaffen. Die Bezahlung
erfolgt in Stundenlohn nach folgenden 5 Ortsklassen:

KL. 1 KL. 2 KL. 3 KL. 4 KL. 5

für Arbeiter über 21 Jahre:

für Hilfsarbeiter	1,95	1,70	1,50	1,45	1,40 M.
für angelernte Arbeiter	2,00	1,75	1,55	1,50	1,45 M.
für gelernte Arbeiter	2,05	1,80	1,60	1,55	1,50 M.

für Arbeiter von 18 bis 21 Jahren:

für Hilfsarbeiter	1,65	1,40	1,20	1,15	1,10 M.
für angelernte Arbeiter	1,70	1,45	1,25	1,20	1,15 M.
für gelernte Arbeiter	1,75	1,50	1,30	1,25	1,20 M.

für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren:

für Hilfsarbeiter	1,20	1,00	0,90	0,85	0,80 M.
für angelernte Arbeiter	1,25	1,05	0,95	0,90	0,85 M.

Mindestlöhne für Arbeiter unter 16 Jahren:

	0,80	0,60	0,50	0,45	0,40 M.
--	------	------	------	------	---------

Arbeiterinnen werden mit 8 Prozent des Volklohns für die in Frage
kommenden Altersklassen entlohnt.

Die Ortsklasseneinteilung ist aus anhängender Aufstellung zu ersehen.
Gelernte Arbeiter sind solche Arbeiter, die eine zweijährige
Behrzeit vollendet haben oder entsprechende Fähigkeiten nachweisen
können. Sie müssen in der Lage sein, sämtliche in der Zementwaren-

und Kunststein-Industrie vorzunehmenden Facharbeiten einschließlich
Formenbau vollständig selbständig ausführen zu können.

Angelernte Arbeiter sind solche Arbeiter, die vorstehende
Arbeiten nicht sämtlich verrichten können. — Im Zweifelsfalle ent-
scheidet die Betriebsleitung in Verbindung mit dem Betriebsrat.

Uebersunden.

Uebersunden sind unzulässig zu vermeiden. Wenn solche absolut not-
wendig sind und von der Betriebsleitung angeordnet werden, sind sie,
soweit sie drei Stunden im Tage nicht übersteigen, mit 25 Prozent, alle
übrigen, sowie Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent zum Stunden-
lohn zu vergüten.

Wohnzahlung.

Der Lohn ist wöchentlich auszuzahlen. Die Auszahlung soll bis
zum Schluß der Arbeitszeit durchgeführt sein. Auf den Lohnzettel muß
die Zahl der Arbeitsstunden und der Stundenlohn ersichtlich sein.

Urlaub.

Arbeiter, welche in der Zementwarenindustrie beschäftigt sind, deren
Einzeilung in die Ortsklasse 1 erfolgt ist, erhalten folgenden Urlaub:

nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit 3 Tage,
für jedes weitere Jahr der Betriebszugehörigkeit einen Tag mehr
bis zu zehn Arbeitstagen.

Arbeiter, die in Betrieben beschäftigt sind, welche in die Ortsklasse 2
fallen, erhalten folgenden Urlaub:

nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit 3 Tage,
für jedes weitere Jahr der Betriebszugehörigkeit einen Tag mehr
bis zu sechs Arbeitstagen.

Für die Urlaubszeit ist der Lohn weiterzuzahlen.

Allgemeines.

Die Arbeitgeber haben für genügende Reinigung, Lüftung und Be-
heizung der Arbeitsräume Sorge zu tragen. In allen Betrieben sind
Garderoben mit verschließbaren Kleiderstühlen einzurichten. Ferner ist
für genügende Wascheinrichtungen Sorge zu tragen.

Sonderabmachungen einzelner Betriebe mit ihren Arbeitern od-
bestehende Verträge, die eine Verschlechterung des Abkommens darstellen
würden, werden durch diesen Vertrag aufgehoben.

Im übrigen gelten die bestehenden Arbeitsordnungen.

Dieses Abkommen tritt am 24. Mai 1919 in Kraft, hat bis auf
weiteres Gültigkeit und kann mit dreimonatlicher Kündigung jeweils am
Schluß eines Kalendermonats aufgekündigt werden.

Behandlung von Streitigkeiten.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag wird ein
Schlichtungsausschuß gebildet, der aus drei Arbeitgebern und drei
Arbeitnehmer-Vertretern der vertragschließenden Organisationen besteht.
Dieser Ausschuß ist auch zuständig für die Einreichung etwa neu ent-
stehender Betriebe in eine Ortsklasse.

Nürnberg, den 20. Mai 1919.

Arbeitgeber-Verband

der Nordbayerischen Zementwaren- und Kunststein-Industrie.

F. A.

gez. Berge, 1. Vorsitzender. gez. Kallmayer, stellv. Vorsitzender.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Bezirk Nordbayern.

gez. Adalbert Maier.

Lebensmitteleinfuhr und Devisensorgen.

Bittere Lebensmittelnot im Vaterland — harte Warenhäufung im
Ausland: Deutschland darf jedoch nur einen genau begrenzten Teil
dieses ausländischen Ueberflusses ankaufen. Die Blockade besteht im
übrigen weiter. Das deutsche Volk muß weiter hungern und darben.
Und es würde sein Schicksal mit noch größerer Schwere tragen, wenn es
wüßte, mit welchen Zahlungsmitteln die verantwortlichen Reichs-
stellen zu kämpfen haben. Denn selbst die Anschaffung des bescheidenen
Quantums, das die Entente uns hereinlassen will, droht unter Um-
ständen daran zu scheitern, daß uns für bestimmte Mengen augenblicklich
die erforderlichen Zahlungsmittel fehlen, weil Krieg, Blockade und deren
Folgen unsere wirtschaftliche Lage so unagbar heruntergebracht haben.
Unser Papiergeld ist entwertet. Die Papierzahlung verneuert den Waren-
preis ins Ungemessene, so daß die Ladenpreise für ausländisches Mehl,
Fleisch, Fett, Reis, Wolken der breiten Masse unerwägungslähmend
werden. Um zu angemessenen Preisen einkaufen zu können, müssen wir mit
besseren Zahlungsmitteln kommen, mit Gold oder mit gleichwertigen
Produkten wie Steintöpfe, Kaff, Indufabrikaten oder mit aus-
ländischen Werten, mit Devisen. Die Beschaffung solcher Devisen
ist gegenwärtig unsere Hauptaufgabe. Sie ist bei der Reichsbank
zentralisiert, wie anderwärts der gesamte Lebensmitteleinkauf bei der Ein-
fuhrzentrale des Reichsernährungsministeriums zusammenläuft.

Da beantragt die Reichsstelle bei der Einfuhrzentrale 1 Million
Gulden für sofort greifbares Milchpulver in Holland, 50 000 Kronen
für sterilisierte Vollmilch und 1 500 000 Kronen für mehrere tausend
Faß Butter von Dänemark, 200 000 Franc für Schweizer Kondensmilch;
zugleich kommt die Reichsstelle mit der Forderung von 400 000
Kronen für dänisches Rindfleisch und Abdeckung von Krediten, die Reichs-
nahrungsgesellschaft mit einer 400 000-Guldenforderung für Fische
von Holland, 700 000 Kronen für frische Herringe und 2 Millionen
Kronen für frische Fische von Dänemark sowie 1 Million Kronen für
Salzheringe und Fischkonserven von Norwegen; die Eierinfuhrge-
sellschaft mit 1 1/2 Millionen Kronen für Eier von Dänemark usw. usw. Das
ist ein Beispiel von den Devisenforderungen einer einzigen Woche.
Nach eingehender Prüfung, welche dieser Lebensmittel nach ihrer Not-
wendigkeit den Vorrat haben, für welche Mengen zur Zeit Bedarf
vorliegt und ob die Preise verantwortet werden können, wird die Höhe
des Zahlungsbedarfs festgestellt. Und nun beginnen die eigentlichen
Zahlungssorgen. Woher die Millionen beschaffen nehmen?
Als Deutschland noch nicht in Not war und ungemessenen Kredit hatte,
gab es keine Devisensorgen ähnlicher Art. Heute kommt es vor — es
ist kein Geheimnis und das Volk muß es wissen, um zu verstehen —
daß von notwendigen Anläufen Abstand genommen werden muß, weil
die entsprechende Devisendeckung nicht aufzutreiben ist oder die ange-
botenen Kredite zu teuer sind, daß eine unerträgliche Erhöhung der
Roufamentenpreise eintreten müßte. Wir bekommen genügend Devisen
im Ausland nur dann, wenn wir Warenwerte ausführen. Unser
Export von Halb- und Ganzfabrikaten ist aber heute, wo die Industrie
aus Rohstoffmangel brach liegen muß oder durch künstliche wirtschaft-
licher Art immer wieder erschlößert wird, nicht nennenswert. Darum sind
wir augenblicklich fast nur auf die Urproduktion angewiesen, wie sie der
Bergbau liefert. Deutsche Kohle und deutsches Kali ist heute so gut wie
das deutsche Gold, auf das die Entente ihre schwere Hand gelegt
hat. Auf dem Wege der primitiven Landwirtschaft können wir heute
Kohlen gegen Kartoffeln exportieren, wie es zur Zeit mit einigen
Ländern geschieht. Wir können aber auch für Kohle und Kali Devisen
hereinholen, die uns wieder als hochwertige Zahlungsmittel für den
Ankauf ausländischer Lebensmittel oder Rohstoffe dienen.

Den Reichsstellen ist es nicht unbekannt, daß im Auslande schon
jetzt für bestimmte deutsche Produkte ein starker Warenmangel besteht.
Man gilt es, an diesen Punkten einzusetzen; andre werden bald folgen,
denn eins zieht das andre nach sich. So kommt außer industriellen
Leben allmählich wieder in Gang; wir bekommen wieder einen Export,
und damit Devisen in die Hand. Der Reichskommissar der neuen
Zentralstelle für Ein- und Ausfuhr hat bereits die ersten
Verfügungen getroffen, um den deutschen Exportoren durch Rückzahlung am
Deviseneingang jenen machtvollen Ansporn zu geben, dessen das private
Wirtschaftsleben bedarf, um mit eigener Initiative vorzugehen.
Aus dem allen ersehen wir, daß der uralte Begriff von dem „Preis-
lauf der Volkswirtschaft“ nur recht verstanden werden muß, um keine
praktische Anwendung zu finden. Es wird klar, daß jeder einzelne
in Volk hier mit Herz und Hand mitzusprechen hat, daß es auf das
Rückum der letzten Arbeitshand ankommt. Es wird klar, daß nicht die
stehenden Reichsstellen das Brot, das unser Volk braucht, sich aus dem
Kornel schütten können, sondern daß wir uns dies Brot selbst beschaffen
müssen. Es wird klar, wie falsch es ist, immer nur Appelle an die

nach oben zu richten, da doch der letzte Appell, der einzige Appell, der über-
haupt einen Sinn hat, nur an uns selber gerichtet werden kann. Es ist
keine Phrase, daß nur die Arbeit ins Land ist, Werte zu erzeugen, die wir
dann in Lebensmitteln, Kleidern, Behausung anlegen können. Hundert
Tausender und tausend Reichsbanknoten sind beim besten Willen nicht im-
stande, das zuwege zu bringen, was tausend Hände eines wehrfähigen
Volkes zu leisten vermögen. Wollen wir leben, dann müssen wir, nur
wir, die dazu nötigen Zahlungsmittel aufbringen. Regierung und Reichs-
bank können nur leiten, ordnen, die Organisation und Distribution hand-
haben. Alles andre ist unsere Sache. Wir sind ein unabhingiges Volk!
Lebensmittelein- Devisensorgen! Laßt das nicht allein Sorgen
der Reichsstellen sein, laßt diese Sorgen auch unsere Sorgen sein! Nur
so können wir aus dem grauen Abend der Gegenwart zu einer erträg-
lichen Zukunft.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Frische Luft und Arbeitsraum.

Dr. Gerhard Stroder, Berlin, berichtet in der Zeitschrift für Schul-
gesundheitspflege über interessante Versuche, die er mit der Ausatmungs-
luft des Menschen gemacht hat. Es ist ihm gelungen, aus der Ausatmungs-
luft organische Bestandteile zu gewinnen, die im Tierversuch und durch
chemische Reaktion als Atmungsstoffe zu erkennen waren. Wenn
also nicht genügend frische Luft in untern Arbeitsräumen geföhrt wird,
dann wirken jene Erntidungsstoffe und es leidet unter dieser Wirkung
nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer, und wenn das
Unternehmen dennoch die gesundheitsstechnische Seite im Betriebe ver-
nachlässigt, so beweist das nicht nur die soziale Minderewertigkeit der
Unternehmenswirtschaft, sondern auch, trotz aller schönen Worte vom Wert
der Initiative und dergl., die Unfähigkeit zu einem wahrhaft großen,
weiten und freien Bild. Wir haben auch an andern Stellen bereits wieder-
holt auf die große Bedeutung der Arbeitsluft hingewiesen, und darum ist
die Sorge für die regelmäßige Zuföhung frischer Luft auch eine der Auf-
gaben der Betriebsräte, deren Augenmerk ja nach der Konferenz der
Gewerkschaftsvorstände vom 25. April auf die Bekämpfung der Gesund-
heitsgefahren in den Betrieben zu richten ist.

Uebermüdung und -nast.

Die unterfränkischen Gewerbeaufsichtsbeamten haben Untersuchungen
über die Zusammenhänge zwischen Unfall und Uebermüdung angestellt.
Dabei haben sie festgestellt, daß sich nach 9 1/2 Stunden 1,1 Prozent Un-
fälle ereigneten, nach 10 Stunden 2 Prozent, nach 11 1/2 Stunden 5,9 Pro-
zent, nach 12 Stunden 7,9 Prozent und nach 12 1/2 Stunden 8,3 Prozent.
Das ist ein klarer Beweis für die Notwendigkeit des Achtstundentages.
Länger wie acht Stunden kann kein Mensch arbeiten oder er trägt dadurch
keine Gesundheit zum Schaden. Uebrigens bedenken sich diese Feststellungen
mit dem Resultate, daß das Reichsversicherungsamt bekanntgegeben hat.
Darnach weisen die späten Abendstunden, in denen infolge einseitiger
Erntidung die Aufmerksamkeit und Geschäftlichkeit nachläßt, eine mehr als
doppelt so große Unfallhäufigkeit auf, die am Ende der Arbeitswoche noch
eine besondere Steigerung erföhrt. Das wieder beweist uns, daß der
Arbeitsstag nicht nur acht Stunden lang sein muß, sondern daß auch all-
wöchentlich ein Ruhetag von 36 Stunden erforderlich ist, daß somit unsere
gewerkschaftlichen Forderungen bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit
von jeher voll berechtigt waren.

Genossenschaftsbewegung.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1918.

Auch das letzte Kriegsjahr konnte der Großverkaufsgesellschaft deutscher
Konsumvereine den weiteren Niedergang ihrer Tätigkeit nicht ersparen, weil
es trotz aller Bemühungen nicht gelang, ihr den gebührenden Platz in der
Versorgungswirtschaft freizumachen. Allen Anschein nach sind wenigstens
die ärgsten Hindernisse beseitigt, so daß, soweit die allgemeine Lage der
volkswirtschaftlichen Zustände und Möglichkeiten es gestattet, die Voraus-
setzungen für ein rasches Wiederaufblühen und Wachstum der genossen-
schaftlichen Zentrale gegeben sein dürften. Wahr bleibt freilich, was der
jeden erscheinende Jahresbericht der Gesellschaft sagt: „Ein verwickeltes
Feld kann nicht sofort und nicht aus sich selbst heraus neue Ernten bringen;
es muß erst durch angelegte, geübte Arbeit von Grund auf neu
bestellt werden.“ Das Schicksal der deutschen Konsumvereinebewegung ist
eben unlöslich verknüpft mit dem des ganzen deutschen Volkes, in deren
Dienst sie steht.

Hier möge nur eine Zahl, die über den Umsatz, wiedergegeben werden.
Der Warenumsatz ging von 107 737 281 M. auf 104 500 972 M. zurück.
Im neuen Jahre macht sich bereits eine nicht unbedeutende Besserung be-
merkbar: das erste Viertel erbrachte 32 042 161,62 M. Umsatz, gegen
24 210 137,79 M. im gleichen Zeitraum 1918 und 29 349 611,91 M.
in 1917. Der März mit 14 406 600,12 M. Umsatz näherte sich bereits
wieder den Beträgen der Friedenszeit, wobei allerdings die Preissteige-
rungen zu berücksichtigen sind.

Noch liegt die Zukunft im Dunkeln. „Die politischen Umwälzungen“,
sagt mit Recht der Bericht, „lassen zwar erhoffen, daß die bösartige Aus-
sichtung bei der Lebensmittelverteilung ein Ende findet. Aber es sind
noch viele Hemmnisse zu überwinden, bis der Schaden auch nur einiger-
maßen gutgemacht sein wird, der uns durch die Art und Weise der
Zwangsbewirtschaftung zugefügt worden ist.“ Und an anderer Stelle wird
treffend gesagt: „Was die Revolution uns gebracht hat, sind nicht
materielle Vorteile, sondern lediglich Hoffnungen. Ob, wann und wie
es gelingen wird, sie zu verwirklichen, ist davon abhingig, in welchem
Maße vom ganzen Volke produktive Arbeit geleistet werden wird.“

Der Wert genossenschaftlicher Versicherung.

Eine noch recht wenig beachtete Einrichtung unserer Konsumvereine
ist die Abteilung für Versicherungsweien, besonders aber die für Feuer-
versicherung.

Welcher Wert diesem Zweige der genossenschaftlichen Selbständig-
machung durch private Versicherungsgesellschaften beigemessen wird, zeigt
der Umstand, daß sie mit erlaubt und unerlaubten Mitteln am Werke
sind, um dem von der Verlogsgesellschaft deutscher Konsumvereine in
Hamburg ins Leben gerufenen Unternehmen den Boden abzugraben.
Zunächst werden die Versicherer, wenn sie es nicht ausdrücklich ablehnen,
auf weitere zehn Jahre verpflichtet. Bemerkten diese aber ihren Irrtum,
dann ist in der Regel nichts mehr zu ändern.

Als Kuriosum möchten wir hier anführen, daß uns ein Ver-
sicherungsgesellschaft zu Gesicht kam, in dem die Agenturgebühren tatsächlich
höher waren als die Prämie selbst.

Um Schaden zu entgehen, ist es notwendig, daß die Mitglieder der
Konsumvereine ihre Feuerversicherungen nur durch ihren Konsumverein
abschließen. Dazu ist aber vor allen Dingen nötig, daß
sie ihre Versicherungsbeiträge im Kontor des Vereines oder den jeweiligen
Vertretern zur Einsicht vorlegen, damit die Kündigungen recht-
zeitig erfolgen können. Wenn die Mitglieder dieses beachten, so kann
es nicht vorkommen, daß sie zu hohen Prämien bezahlen. Auch fallen
bei Abschluß der Versicherungen durch die Konsumvereine rechtliche
Agentur- und sonstige Gebühren fort.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Die Zahlstelle Groß-Berlin hielt am 26. Mai eine außer-
ordentliche Generalversammlung ab.

Einleitend erklärte der Bevollmächtigte Kollege Reimann, daß durch
die neue Zeit auch in unserer Organisation ein neuer Geist eingekehrt. Die
Gewerkschaften sollen ein Kampfmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse
sein. Der Antrag des Bezirks Reichswehr, der die Kündigung stän-
diger Angestellten verlangte, ist zurückgezogen worden, nachdem die Ver-
treter der Angestellten herangezogen wurden. Kollege Reimann berichtet
weiter, daß die Generalversammlung Stellung nehmen müsse zur An-
stellung einiger Kollegen. Es sei unbedingt notwendig, zur sofortigen
Anstellung zu schreiten, denn außerordentliche Verhältnisse erfordern
unsern üblichen Maßnahmen.

In der Diskussion über die Anstellungen wurde unterandem, daß die
Verbandsangehörigen sowie die Hilfsarbeiter entlohnt werden müssen. Es

